

Christina Schildmann

Jung, weiblich, untreu – die flüchtigen SPD-Wählerinnen

In keiner Wählergruppe hat die SPD bei der Bundestagswahl 2009 mehr Stimmen verloren als bei den jungen Frauen. Das Beispiel Norwegen zeigt, dass es nicht auf singuläre frauenpolitische Vorzeigeprojekte ankommt, sondern auf eine umfassende und glaubwürdige progressive Frauenpolitik, wenn man politische Mehrheiten nicht verspielen will.

Es ist noch gar nicht lange her, da waren die jungen Frauen die Hoffnungsträgerinnen der Sozialdemokratie. Bei den Landtagswahlen im Jahr 2008 strömten sie der SPD in Scharen zu, in Hessen machte die Hälfte aller Frauen zwischen 18 und 29 Jahren ihr Kreuz bei der SPD – ein Zuwachs von 23 %. Schon bei der Bundestagswahl 2005 hatte die SPD mit über 40 % ihr bestes Ergebnis bei den Jungwählerinnen zwischen 18 und 25 Jahren erzielt. Doch dann kam der Absturz bei der Bundestagswahl 2009: Minus 21 % bei den jungen Frauen – in keiner Gruppe hat die SPD mehr Stimmen verloren als bei ihren einstmals größten Unterstützerinnen.

Dieser geballte Liebesentzug verlangt nach Ursachenforschung, zumal es auch anders geht: Nur wenige Tage vorher hatten die Frauen in Norwegen Jens Stoltenberg und seiner Arbeiterpartei den Wahlsieg gesichert. Seitdem darf Stoltenberg sich rühmen, in Norwegen der erste Premierminister seit den 80er Jahren zu sein, der als Chef einer Links-Koalition wiedergewählt wurde. Auf diese Idee wäre 2001 niemand gekommen. Damals präsentierte sich Stoltenberg als »Norwegischer Blair« und wollte seine Landsleute auf einen »Dritten Weg« locken. Doch die wollten nicht mit und schickten ihn mit einem Katastrophen-Ergebnis von 24 % in die Opposition, das schlechteste Wahlergebnis der Partei seit 1923. Stoltenberg kommentierte das Ergebnis damals mit einem knappen: »Wir haben verstanden.« Seitdem konzentriert er sich wieder auf »traditio-



Christina Schildmann

(* 1973) war von 2007 bis 2009 Referentin für Grundsatzfragen und Forschung beim Parteivorstand der SPD und ist heute Referentin im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Christina.Schildmann@fes.de

nelle« Wohlfahrtsgrundsätze, verbunden mit fortschrittlicher Gesellschaftspolitik.

Zurück zur deutschen Bundestagswahl. Während die jungen Männer (minus 19 %) hauptsächlich zur FDP und zur Linkspartei abwanderten, zog es die jungen Frauen zu den Grünen und – das ist neu – zur CDU. Besonders extrem ist der Befund bei den 25- bis 34-jährigen Frauen. Nicht mal jede fünfte von ihnen wählte SPD (17,6 %); die Union brachte es fast auf das Doppelte (31,7 %). Die Zuneigung galt eindeutig nicht der Partei und ihrem Programm, sondern der Kanzlerin. Für viele junge Frauen ist Angela Merkel das Symbol dafür, dass es Frauen in Deutschland »geschafft« haben. Diese Vorstellung ist Teil eines »konservativen Feminismus«, der zwar schon vom Begriff her paradox ist, aber vielen Frauen genügt. Vielleicht aus Mangel an Alternative, denn der SPD ist es nicht gelungen, diese Alternative darzustellen.

Dass eine progressive Frauenpolitik möglich ist, ohne politische Mehrheiten zu verspielen, zeigt der Fall Norwegen. Norwegen hat als erstes Land auf der Welt eine 40 %-Frauenquote für Aufsichtsräte und Unternehmensvorstände eingeführt – im

ersten Schritt für staatliche Unternehmen (2006), im zweiten auch für die Privatwirtschaft (2007). Unternehmen, die sich nicht daran halten, müssen mit harten Sanktionen bis zur Firmenauflösung rechnen. Zwar wurde die Kinder- und Gleichstellungsministerin Karita Bekkemellen »nie zuvor in ihrer Karriere so von Männern unter Druck gesetzt und beschimpft« wie bei diesem Schritt, doch das Wahlergebnis zeigt, dass der Eingriff in die »unternehmerische Freiheit« gesellschaftlich erwünscht war.

»Die Jungs einfach am Schlips packen«

Dass eine freiwillige Selbstverpflichtung, wie sie in Deutschland Merkel und von der Leyen bevorzugen, nicht funktioniert, war in Norwegen bekannt, denn das hatte die konservative Vorgängerregierung bereits erfolglos probiert. Bekkemellen war klar, dass man »die Jungs in der Wirtschaft ein-

fach am Schlips packen« muss, denn sie hatte die schleppende freiwillige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten beobachtet und ausgerechnet, dass es auf diese Weise 100 Jahre dauern würde, bis die 40 %-Quote erreicht wäre.

Die Frauenquote in Aufsichtsräten war nur ein Baustein einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die darauf abzielte, dass Frauen – nach einem Jahr voll bezahltem Urlaub nach der Geburt eines Kindes – gleichberechtigte Teilnehmerinnen am Arbeitsmarkt bleiben. Die von der Arbeiterpartei geführten Regierungen schafften schon in den 80er Jahren das Ehegattensplitting ab, führten die volle Gehaltszahlung für Frauen bis zu einem Jahr nach der Geburt eines Kindes ein und hielten das Wahlversprechen, für jedes Kind ab dem 2. Lebensjahr einen Kindergartenplatz zu schaffen. Die SPD in Deutschland bot in ihrem Regierungsprogramm zwar frauenpolitische »Leuchttürme« wie die 40 %-Quote in Aufsichtsräten an, war jedoch nicht

glaubwürdig, weil sie noch zwei Jahre zuvor aus »Koalitionsräson« gegen diese Quote gestimmt hatte.

Junge Frauen sind nicht in der Krise

Dank seines reichen Ölschatzes war Norwegen von der Wirtschaftskrise kaum betroffen. Im Wahlkampf ging es daher nicht um Wirtschaftspolitik, Wahl entscheidend war auf Platz eins das Thema Schule/Ausbildung, auf Platz zwei Alten- und Krankenpflege, auf Platz drei Gesundheit und auf Platz vier Kinder und Familie. Die SPD in Deutschland hingegen führte einen expliziten Krisenwahlkampf. Damit zielte sie weit am Lebensgefühl der jungen Frauen vorbei, denn das war eher »norwegisch«: Die jungen Frauen fühlen sich weder aktuell von der Krise betroffen, noch machen sie sich Sorgen, zukünftig betroffen zu sein. Vielmehr fühlen sie sich als Gewinnerinnen der Krise (vgl. »Brigitte-Studie im Krisenjahr« des WZB). Und diejenigen, die sich Sorgen machen, trauen der Politik gerade hier keine Lösungskompetenz zu. Sie haben gelernt, sich selbst zu optimieren, statt auf die Politik zu hoffen. Wirtschaftspolitik ist für sie darum »kein Thema«.

Angesichts der schlechten Umfragewerte während des Wahlkampfes setzte die SPD voll auf die Mobilisierung der »Unentschlossenen« in der Schlussphase, doch wurde übersehen, dass die unentschlossenen Wähler die jungen Frauen sind, die Gruppe mit der niedrigsten Parteienbindung. Themen, die ihnen wichtig sind, wie Bildung und Familie, kamen in der Schlussphase kaum vor, die SPD konzentrierte sich auf den »Deutschlandplan«, eine Art Businessplan für das Produkt »Deutschland«, nüchtern und voller Zahlen, Daten und Fakten, nicht geeignet, in der Welt der jungen Frauen anzukommen. Nicht einmal im großen »Kanzlerduell«, dem medialen Showdown des Wahlkampfes, ging es um

»Frauenthemen«. Die SPD hat den jungen Frauen keinen Grund gegeben, zur Wahl zu gehen, aber den brauchen sie, denn Wählen ist für sie keine Bürgerpflicht. So haben sie kräftig mitgeholfen, die SPD durch Nichtwählen in die Opposition zu schicken – und sie würden es wieder tun, wie ein Umfrageergebnis der Forschungsgruppe Wahlen zeigt. Wenige Wochen nach der Bundestagswahl stellte sie die Frage: »Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?« Es waren die jungen Frauen, die am häufigsten mit »nein« antworteten.

Norwegen: Wahlkampf mit Werten

Das, was der SPD in Deutschland misslang, schaffte die norwegische Arbeiterpartei mit Bravour: die Schlussmobilisierung. Noch bis kurz vor der Wahl sah es so aus, als würde das »schwarze Schaf« der norwegischen Parteienlandschaft an ihr vorbeiziehen: die »Fortschrittspartei«. Sie gilt als »rechte Protestpartei«, wobei erwähnt werden muss, dass es in Norwegen keine linke Protestpartei gibt. Die Sozialistische Linkspartei regiert mit, hütet in Gestalt der Finanzministerin den Ölschatz und schrumpft seit 2005 zugunsten der Arbeiterpartei vor sich hin. Die Fortschrittspartei steht für Steuer-senkungen, ermöglicht durch einen verstärkten Griff in die kollektive Ölkasse (also den Bruch der nahezu heiligen Regel, nach der nur 4 % der Zinsen aus dem Ölfonds pro Jahr in den Staatshaushalt fließen dürfen) und für eine ausländerfeindliche Haltung – zwei Themen, die eine gemeinsame Grundmelodie haben: die Entsolidarisierung einer Gesellschaft, deren Gründungsmythos als Nation auf den Werten Gleichheit und Solidarität beruht.

Wolfgang Biermann, Sprecher des SPD-Freundeskreises in Oslo, verweist auch auf die selbstbewusste Präsentation der sozialdemokratischen Vision unter dem Wahl-

slogan »Alle skal med« («Alle sollen mitkommen»). Zwei Wochen vor der Wahl beispielsweise stellte Jens Stoltenberg in einem doppelseitigen Interview im *Dagbladet* sein Gesellschaftsprojekt vor, das an die Tradition der Arbeiterpartei anknüpfte. Er beschrieb die »sozialdemokratische Geschichte« als Folge von »drei historischen Projekten«, von denen zwei bereits verwirklicht sind. Das erste Projekt, verbunden mit dem Namen Einar Gerhardsen (dem ersten Premierminister nach dem Zweiten Weltkrieg), bestand darin, der Arbeiterklasse zur Teilhabe an Macht und Wohlstand zu verhelfen. Das zweite Projekt, verbunden mit dem Namen Gro Harlem Brundtland, der Kultfigur der norwegischen Sozialdemokraten, war die inzwischen weitgehend realisierte Gleichstellung von Mann und Frau in Norwegen. Brundtland trat 1986 mit einem Kabinett an, das weltweit Schlagzeilen machte, denn es bestand fast zur Hälfte aus Frauen. Das dritte Projekt, verbunden mit dem Namen Jens Stoltenberg, sei nun die Integration und Inklusion aller übrigen noch »marginalisierten Gruppen« wie z.B. Teile der Einwandererbevölkerung. Besonders die Norwegerinnen gaben diesem sozialdemokratischen Programm ihre Stimme. Sie wählten zu 39 % die Arbeiterpartei (Männer: 32 %), die unsoziale und ausgrenzende Fortschrittspartei erhielt von ihnen nur 17 % (Männer: 29 %). Zwar war die Wahlbeteiligung in Norwegen genauso niedrig wie in Deutschland, doch hier lag das Mobilisierungsproblem ganz auf der Seite der Konservativen und Wirtschaftsliberalen. Die (neo)liberale Venstre blieb sogar mit nur 3,9 % unter der Sperrgrenze.

Die neue Übersichtlichkeit: klare Alternativen, klare Lager

Das lag auch an der Zerstrittenheit des »bürgerlichen Lagers« und der daraus resultierenden fehlenden Machtoption. Die

»Venstre« lehnte eine Regierungsbeteiligung der Fortschrittspartei strikt ab, die aber war entschlossen mitzuregieren, statt nur als Mehrheitsbeschafferin für eine bürgerliche Minderheitenregierung zu dienen. Darüber freute sich Stoltenberg und plaktierte triumphierend »Jens oder das bürgerliche Chaos«. Der Slogan leuchtete ein, denn das »linke Lager« stand für Stabilität und Berechenbarkeit. Bereits im Wahlkampf 2005 waren die drei linken Parteien als festes Wahlbündnis angetreten, 2009 traten sie in dieser Formation erneut an und führten einen klassischen, polarisierenden Lagerwahlkampf.

In Deutschland war es umgekehrt. Hier waren FDP und CDU einander fest versprochen, die Regierungsoptionen der SPD hingegen waren – positiv ausgedrückt – unübersichtlich. Diese Unübersichtlichkeit war besonders für die Wählerinnen und Wähler ein Problem, die sich nicht tagtäglich mit Politik befassen, und das gilt für die meisten Jungen.

Die SPD lieferte ihnen, statt Komplexität zu reduzieren, ein Rätselspiel, das sie nicht lösen wollten und konnten: Ist die FDP Feind oder Freund? Warum ist die Linkspartei auf Bundesebene der Teufel und auf Landesebene ein harmloser Koalitionspartner? Spricht die SPD als Regierungs- oder als Oppositionspartei? Für alle war klar: Wer die SPD wählt, spielt Regierungslotto.

Viel Vertrauen ist verspielt, der Faden zu den jungen Frauen scheint gerissen. Eine wichtige Aufgabe der SPD in den kommenden vier Jahren wird es sein, im Dialog mit den jungen Frauen diesen Faden neu zu knüpfen und eine gemeinsame Vision zu entwickeln, wie eine moderne Gesellschaft aussehen kann, in der Männer und Frauen wirklich gleiche Chancen und Möglichkeiten haben. Und sie wird eine Sprache finden müssen, um die junge Frauen zu verstehen.

Kurz gesagt: Es geht um Beziehungsarbeit.